



Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen

Information Nr. 66 Stuttgart X/1976

Was ist Zionismus?

erarbeitet von der
Studienkommission „Kirche und Judentum“
der Evangelischen Kirche in Deutschland

INHALT

- 1 „Zionismus“ in der weltpolitischen Auseinandersetzung
 - 1.1 Die UN-Resolution vom 10.11.1975
 - 1.2 Was ist „Rassismus“?
 - 1.3 Politik gegen das „zionistische“ Israel
- 2 Zionsliebe und Zionssehnsucht
 - 2.1 Die Felsenburg Zion
 - 2.2 Berg Gottes und Tempel
 - 2.3 „Das kommende Jahr in Jerusalem“
- 3 Der Zionismus in der Neuzeit
 - 3.1 Assimilation und Antisemitismus in Westeuropa
 - 3.2 Das osteuropäische Judentum: Autoemanzipation
 - 3.3 Theodor Herzl und der moderne Zionismus
 - 3.4 Die jüdische Einwanderung in Palästina
 - 3.5 Teilung Palästinas
- 4 Der Staat Israel
 - 4.1 Israel, nationale Heimstätte der Juden
 - 4.2 Juden in arabischen Ländern
 - 4.3 Kulturelle und religiöse Vielfalt
 - 4.4 Zionismus und Antizionismus im heutigen Judentum
 - 4.5 Araber in Israel
- 5 Der Vorwurf des Rassismus
 - 5.1 Der Rassismusvorwurf – ein politisch-ideologisches Instrument
 - 5.2 Die Palästinenser
 - 5.3 Palästinensisch-arabischer Antizionismus
 - 5.4 Zionismus ist ein wesentliches Element im Judentum
- 6 Christliche Solidarität mit den Juden
 - 6.1 Christliche Kirchen gegen den ideologischen Antizionismus
 - 6.2 Christlicher und jüdischer Glaube haben gemeinsame Wurzeln
 - 6.3 Jerusalem, die heilige Stadt
 - 6.4 Gemeinsame Verantwortung für Gerechtigkeit und Frieden

Hinweis: Bei diesem Text handelt es sich um eine für die Bildschirmansicht optimierte Version. Das Ursprungslayout wurde dabei verändert, die Rechtschreibung und die Seitenumbrüche jedoch beibehalten. Die Zitierfähigkeit ist somit gewährleistet.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat am 6. November 1975 beschlossen:

„Die Synode bittet den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, alles ihm mögliche zu tun, daß eine sachgerechte Darstellung und Beurteilung des Zionismus in der Öffentlichkeit, in den Schulen, in den Bildungseinrichtungen und vor allem in den internationalen Gremien gegeben wird. Auf dem Umweg ‚Antizionismus‘ dürfen nicht alte und neue Judenfeindschaften geweckt oder geduldet werden ...“

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland beauftragte daraufhin die Studienkommission „Kirche und Judentum“, eine Hilfe zum Verständnis des Zionismus zu erarbeiten. Er hat das Arbeitsergebnis der Studienkommission in seiner Sitzung am 17. September 1976 entgegengenommen und der Veröffentlichung durch die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen zugestimmt.

1 „Zionismus“ in der weltpolitischen Auseinandersetzung

1.1 Die UN-Resolution vom 10. November 1975

Am 10. November 1975 nahm die *Vollversammlung der Vereinten Nationen* eine Resolution an, in der erklärt wird, daß Zionismus eine Form von Rassismus sei. Die entscheidenden Sätze dieser EntschlieÙung lauten:

„Die Vollversammlung,

- in Erinnerung an ihre EntschlieÙung 1904 (XVIII) vom 20. November 1963, welche die Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung verkündete, und im besonderen an ihre Bestätigung, daß ‚jede Lehre rassistischer Unterscheidung oder Überlegenheit wissenschaftlich falsch, moralisch verwerflich (und) sozial ungerecht und gefährlich‘ ist ...
- in Erinnerung ferner daran, daß die Vollversammlung in ihrer EntschlieÙung 3151 g (XXVIII) vom 14. Dezember 1973 unter anderem die unheilige Allianz zwischen dem südafrikanischen Rassismus und dem Zionismus verurteilt hat ...

stellt fest, daß Zionismus eine Form von Rassismus und rassistischer Diskriminierung ist.“

Für die Resolution stimmten 72 Staaten, und zwar die arabischen, die sozialistischen Ostblockländer sowie ein Großteil der afrikanischen und asiatischen UN-Mitglieder der Dritten Welt. Von 35 Staaten, darunter den meisten europäischen, nord- und mittelamerikanischen, wurde sie abgelehnt. 32 Länder enthielten sich der Stimme.

Empörung, Betroffenheit und Erschrecken waren die überwiegende Reaktion im Westen. Regierungen, Parteien, Gewerkschaften und Kirchen verurteilten einhellig die Resolution, äußerten sich besorgt über die Selbstzerstörung der moralischen Autorität der Vereinten Nationen, erklärten, die EntschlieÙung leiste dem Antisemitismus in unverantwortlicher Weise Vorschub und legitimiere die Aggression gegen Israel. Auf der anderen Seite, vor allem natürlich im arabischen Lager, wurde die UN-EntschlieÙung ebenso nachdrücklich begrüÙt. Zwingt sie doch zu Rückfragen gegenüber einem politischen System, das seine nichtjüdische Bevölkerung unverhüllt mit rassistischer Verachtung behandle, gegenüber einem Staat, der seine ganze Existenz auf eine expansive und diskriminierende Ideologie gründe.

An der Zusammensetzung der Voten und am Ergebnis der Abstimmung wird rasch deutlich, daß die EntschlieÙung das Resultat einer bestimmten weltpolitischen Kräftekonstellation ist, in der häufig weniger der politische Inhalt als vielmehr die Zugehörigkeit zu bestimmten Blöcken für das Abstimmungsverhalten maßgebend ist. Die Resolution wurde als eine Waffe geschmiedet, um

für einen kurzfristigen politischen Zweck eingesetzt zu werden: den Kampf gegen den Staat Israel im Rahmen des Nahostkonflikts. Ob sie dafür tauglich ist, bleibt fraglich. Weit über die tagespolitische Aktualität hinaus sprechen jedoch die beiden Schlüsselbegriffe – Zionismus und Rassismus – geschichtliche, moralische und religiöse Dimensionen an, denen sich niemand, am wenigsten die Christen in Deutschland, entziehen können. Die Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus mit ihrer Spitze gegen den jüdischen Staat und seine geistige Basis ist eine Herausforderung, entschiedene Stellung zu beziehen. Das macht die bis heute anhaltende Reaktion deutlich.

Doch was ist *Zionismus* und was ist *Rassismus*? Wer sich um ein historisch und sachlich angemessenes Verständnis dieser beiden ideologischen Chiffren bemüht, gerät in Schwierigkeiten. Sie sind vieldeutig und vielschichtig und werden in verschiedensten Zusammenhängen mit unterschiedlichsten Absichten gebraucht. Gerade die Abstimmung in der Vollversammlung der Vereinten Nationen verstärkte den Eindruck, daß weithin moralische Verwirrung und geschichtliche Unkenntnis herrschen. Kardinal Willebrands, Präsident der Päpstlichen Kommission für die religiösen Beziehungen mit den Juden, urteilt:

„Ich bin erstaunt, daß man eine Rechtsfrage wie die Beziehungen zwischen Zionismus und Rassismus diskutiert hat, ohne diese Termini exakt erklärt zu haben ... Was aber bedeutet eine Erklärung, die weder die von ihr gebrauchten Begriffe definiert noch den Zusammenhang, wie diese Begriffe zu verstehen sind? Meiner Meinung nach kann dieses Verfahren weder zur Gerechtigkeit beitragen noch zum Frieden, den wir im Nahen Osten alle sehen wollen.“

1.2 Was ist „Rassismus“?

Es gibt im Bereich der Vereinten Nationen eine Reihe von Konventionen und Erklärungen, die sich um ein genaueres Verständnis von Rassismus bemühen, um eine gemeinsame Basis für den Kampf gegen dieses Weltübel zu gewinnen. Am 20. November 1963 wurde von der Vollversammlung einstimmig die *„Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung jeglicher Form von Rassendiskriminierung“* proklamiert. Sie bekräftigt die in der Charta der UN und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verkündeten Grundsätze, wonach alle Menschen gleich an Würde und Rechten sind, und verurteilt jede Diskriminierung von Menschen „aus Gründen der Rasse, der Farbe oder der ethnischen Herkunft“, die sie an der Ausübung ihrer Grundfreiheiten und Menschenrechte hindert.

Eine heute in der Weltgemeinschaft weithin anerkannte Definition des Rassismus wurde in einer *„Erklärung über Rasse und rassistisches Vorurteil“* der UNESCO im Jahr 1967 formuliert:

Rassismus bedeutet „anti-soziale Überzeugungen und Handlungen, die auf dem Irrtum beruhen, daß diskriminierende Beziehungen zwischen Gruppen auf biologischer Grundlage zu rechtfertigen sind. Rassismus erhebt fälschlicherweise den Anspruch, daß es eine wissenschaftliche Begründung dafür gibt, das Verhältnis von Gruppen hierarchisch zu ordnen nach psychologischen und kulturellen Eigenarten, die unveränderlich und angeboren sind. So bemüht sich der Rassismus darum, vorhandene Unterschiede unverbrüchlich zu einem Mittel zu machen, um gegenwärtige Beziehungen zwischen Gruppen auf Dauer zu stellen.“

Kern des Rassismus ist also der falsche, angeblich wissenschaftlich erwiesene Anspruch, es existierten biologisch vorgegebene und unveränderliche Unterschiede zwischen menschlichen Gruppen, aus denen sich anthropologische Ungleichheiten und gesellschaftliche Über- und Unterordnungen ergeben. Um diesen ideologischen Kern haben sich in der Rassismuskussion der letzten Jahre eine ganze Reihe von Schichten gelegt, je nachdem, ob die Stoßrichtung in einer konkreten Situation mehr auf wirtschaftliche Ausbeutung, auf politische Unterdrückung, auf kulturelle Repressionen usw. zielte. So sind auch einige gleichsam benachbarte Begriffe wie Kolonialismus, Imperialismus, Nationalismus usw. in das Schwerefeld des Rassismusarguments geraten und mehr oder weniger von ihm absorbiert worden. Hier zeigt sich, daß derartige Begriffe leicht Schlagwortcharakter annehmen und dann beliebig dazu dienen können, einen politischen Gegner zu diffamieren, ohne bestimmte Mißstände genau zu bezeichnen.

1.3 Politik gegen das „zionistische“ Israel

Ist also der Zionismus in diesem Sinne „rassistisch“? Der Vorwurf ist nicht neu, nicht einmal vor dem Forum der Vereinten Nationen. Bereits in der Diskussion der UN-Konvention gegen Rassendiskriminierung vom 7. März 1966, in der Segregation und Apartheid als besondere Formen des Rassismus genannt wurden, wollte die Sowjetunion den Zionismus ebenfalls namentlich aufnehmen. Ein entsprechender Zusatzartikel sollte beginnen:

„Die Vertragsstaaten verurteilen den Antisemitismus, den Zionismus, den Nazismus, den Neo-Nazismus und alle anderen Formen der Politik und Ideologie des Kolonialismus, des Völker- und Rassenhasses ...“

Seither ist der Vorwurf nicht mehr verstummt. Insbesondere nach der Besetzung arabischer Gebiete durch Israel im Jahr 1967 wurde er immer lauter erhoben. Noch im September 1973, kurz vor dem Jom-Kippur-Krieg, erklärte der Arbeitsausschuß der Christlichen Friedenskonferenz zur Nahost-Frage:

„Wir lehnen jegliche religiös-ideologische Rechtfertigung der israelischen Aggression und der rassistischen Orientierung des Zionismus ab, die Unterdrückung, Vertreibung und Zerstörung von Nachbarländern zur Folge haben. Wir wissen um

das Leiden von Millionen von Palästina-Flüchtlingen ...“

Diese Stellungnahmen verraten ihren politischen Hintergrund: die sowjetisch-arabische Interessengemeinschaft im Nahen Osten. Doch machen sie noch mehr deutlich. Zum einen dies, daß der Rassismusvorwurf seine menschliche Realität in dem tragischen Schicksal der palästinensischen Araber hat. Zum andern aber zeigt der Gebrauch des Ausdrucks Zionismus in diesem Zusammenhang, wie gering die Kenntnis über die Geschichte und den Gehalt des Zionismus tatsächlich ist. Was also ist Zionismus?

2 Zionsliebe und Zionssehnsucht

2.1 Die Felsenburg Zion

Zion ist ursprünglich der Name des südlichen Osthügels im Stadtgebiet von Jerusalem, das von den kanaanäischen Jebusitern bewohnt war. Der Name stammt aus vorisraelitischer Zeit.

Etwa im Jahr 996 v. Chr. eroberte David die *Felsenburg Zion*. Sie war zwar klein, aber von hoher strategischer Bedeutung. Solange sie noch in der Hand der Kanaanäer war, hatte sie die Vereinigung des größeren, im Norden befindlichen Teils der Stämme Israels mit Davids Königreich Juda verhindert. Nach der Eroberung wurde sie als *Stadt Davids* zur Hauptstadt und zum Bindeglied zwischen den beiden Teilen. Vollends als David die Heilige Lade, ein bedeutendes Heiligtum aller israelitischen Stämme, in seine Stadt überführte, wurde Zion der religiös wie politisch zentrale Ort des Königreichs.

Davids Sohn und Nachfolger Salomo ließ das Regierungsviertel auf dem nördlichen Teil des Osthügels von Jerusalem erbauen: den Königspalast und vor allem den Tempel. Damals ging der Name „Zion“ auch auf den Tempelberg über. Später wurde ganz Jerusalem als *Tochter Zion* Trägerin des alten Namens. Schließlich wanderte er auf den südwestlichen Hügel über, auf dem nach einer späteren Überlieferung das Davidsgrab liegen soll.

2.2 Berg Gottes und Tempel

Der Zion gewann seit der Königszeit für die Frömmigkeit Israels hervorragende Bedeutung – ein Beispiel dafür, wie sehr die Traditionen des Volkes in konkreten geschichtlich-geographischen Gegebenheiten verwurzelt sind.

Im festlichen Gottesdienst vergegenwärtigte sich die in Jerusalem versammelte Gemeinde die Grundlagen des Reiches: Gott hat David erwählt und Gott hat Zion erwählt.

„Der Herr hat David einen Eid geschworen, davon wird er sich wahrlich nicht wenden:

Ich will dir auf deinen Thron setzen einen, der von deinem Leibe kommt ...

Denn der Herr hat Zion erwählt, und es gefällt ihm, dort zu wohnen.

„Dies ist die Stätte meiner Ruhe ewiglich; hier will ich wohnen, denn das gefällt mir' ...“
(Psalm 132, 11-14)

Diese Erwählung wird als ein Akt der Liebe Gottes verstanden. Sie ist nicht in irgendwelchen besonderen Qualitäten – weder Davids noch des Berges noch des Volks – begründet und kann deshalb auch nicht als Privileg in Anspruch genommen und gegen andere ausgespielt werden.

Der Zion ist der Ort der Offenbarung Gottes. Von dort aus führt er Israel und die Völkerwelt. Ziel seines Handelns ist die Verwirklichung von Gerechtigkeit und Frieden in der Welt, für die Israel als Zeuge steht.

„Es wird zur letzten Zeit der Berg, da des Herrn Haus ist, fest stehen, höher als alle Berge und über alle Hügel erhaben,

und alle Heiden werden herzulaufen, und viele Völker werden hingehen und sagen:

Kommt, laßt uns auf den Berg des Herrn gehen, zum Hause des Gottes Jakobs, daß er uns lehre seine Wege und wir wandeln auf seinen Steigen!

Denn von Zion wird Weisung ausgehen und des Herrn Wort von Jerusalem. Und er wird richten unter den Heiden und zurechtweisen viele Völker.

Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“

(Jesaja 2,2-4)

Die Überzeugung, daß der Zion nicht nur ein besonders erwählter, sondern sogar der alleinige Ort der Gottesoffenbarung und -verehrung sei, zerbrach nicht mit dem Niedergang des jüdischen Königtums und der Deportation der Juden ins babylonische Exil (596 v. Chr.). Sehulich erwarteten sie einen neuen Anfang des Gottesdienstes am alten heiligen Ort.

„An den Wassern zu Babel saßen wir und weinten, wenn wir an Zion gedachten. Unsere Harfen hängten wir an die Weiden dort im Lande.

Denn die uns gefangen hielten, hießen uns dort singen und in unserm Heulen fröhlich sein: ‚Singet uns ein Lied von Zion!‘

Wie könnten wir des Herrn Lied singen im fremden Land? Vergesse ich dich, Jerusalem, so verdorre meine Rechte ...“

(Psalm 137,1-5)

Der Tempel ist nach der Rückkehr aus dem babylonischen Exil wiederhergestellt worden, und später erbaute ihn König Herodes (37-4 v. Chr.) neu auf dem um das Doppelte erweiterten Platz. Dieser Prachtbau auf dem Zion wurde sogar von den Pharisäern, die Herodes ablehnten, als religiöses Zentrum anerkannt und bewundert. So heißt es im Talmud: „Wer den Tempelbau des Herodes nicht gesehen hat, der hat seiner Lebtag keinen schönen Bau gesehen; wer die Freude an der Stätte des Schöpfens nicht gesehen, hat seiner Lebtag keine Freude gesehen.“

Nach dem Krieg gegen die Römer, in dem die Juden ihre Unabhängigkeit wiedergewinnen wollten, wurde im Jahr 70 n. Chr. Jerusalem samt dem Tempel zum zweiten Mal zerstört und der jüdische Staat aufgelöst. Auch ein letzter Versuch der Befreiung von der Fremdherrschaft unter Führung des Simon Bar Kochba (132-135 n. Chr.) scheiterte. An der Stelle Jerusalems wurde nun eine römische Kolonie mit Namen Aelia Capitolina erbaut, auf dem Tempelplatz entstand ein Jupiter-Heiligtum. Den Juden war das Betreten des Platzes bei Todesstrafe verboten. Obwohl Juden sich an jedem Ort als Laiengemeinden in den Synagogen zum Wortgottesdienst um das in Schriftrollen transportable Heiligtum, die Tora, versammelten, wurden diese Ereignisse doch als grundstürzende Katastrophe verstanden.

2.3 „Das kommende Jahr in Jerusalem!“

Die Bindung an „Erez Israel“, das Land Israel, das nach römischem Willen jetzt Palästina (Philisterland) heißen mußte, blieb auch nach dem Ende des alten Jerusalem und seines Tempels bestehen. Zu jeder Zeit haben Juden im Lande gewohnt. Allen Schwierigkeiten zum Trotz gab es weiterhin – unter Arabern, Kreuzfahrern und Türken – jüdische Gemeinden in Palästina. Diasporajuden unternahmen Pilgerfahrten nach „Erez Israel“, und ihr frommer Wunsch war es, wenigstens dort zu sterben und begraben zu werden. So wanderten während des Mittelalters immer wieder Juden ins Land – einzeln wie der spanische Arzt und Dichter Jehuda Halevi (um 1140) oder in kleinen Gruppen.

Die meisten Juden wohnten freilich fern vom Land Israel und ertrugen – abgesehen, teils verfolgt von der christlichen, meist geduldet von der moslemischen Mehrheit – die Leiden der Diasporaexistenz. Je schwerer sie auf ihnen lastete, um so stärker wurde die Zionsliebe und Zionssehnsucht. Sie hat sich tief in die jüdische Frömmigkeit eingepreßt und in Gebeten und Festen ihren Ausdruck gefunden. So heißt es in dem großen Achtzehn-Bitten-Gebet, das täglich gesprochen wird:

„Blase die große Posaune zu unserer Freiheit und erhebe das Zeichen, unsre Verbannten zu sammeln, und sammle uns alle von den vier Enden der Erde. Gepriesen seist du, Ewiger, der da sammelt die Zerstreuten seines Volkes Israel ...

Nach Jerusalem deiner Stadt kehre zurück in Erbarmen und

wohne in ihrer Mitte wie du gesprochen. Und baue sie bald, in unsern Tagen, einen ewigen Bau, und den Thron Davids richte bald auf in ihrer Mitte. Gepriesen seist du, Ewiger, der Jerusalem baut ...

O daß unsre Augen schauen mögen, wie du nach Zion zurückkehrst in Erbarmen. Gepriesen seist du, Ewiger, der seine Gegenwart zurückkehren läßt nach Zion ...“

Jedes Jahr im Sommer gedenken die Juden mit einem Festtag – *Tischa beaw* – der beiden Tempelzerstörungen. Bei der häuslichen Feier des Pessachfestes sagt der Hausvater, während die Tischrunde die Schüssel mit den ungesäuerten Broten hochhält:

„Sieh da das ärmliche Brot, das unsre Väter in Ägypten gegessen haben. Jeder, der hungrig ist, komme und esse, jeder der bedürftig ist, komme und halte Pessach. Dieses Jahr hier, nächstes Jahr im Lande Israel; dieses Jahr Knechte, nächstes Jahr Freie.“

Und am Schluß der Feier folgt der Ruf der Zionssehnsucht:

„Das kommende Jahr in Jerusalem!“

Durch die Jahrhunderte klingt dieser Ruf fort: in den Zionsliedern des Jehuda Halevi; in den Messias- und Rückkehrerwartungen, die immer wieder aufbrachen, am heftigsten im 17. Jahrhundert, als der Pseudomessias Sabbatai Zvi auftrat; in dem Brauch, in jedem jüdischen Haus eine Stelle an der Wand unfertig zu lassen zur steten Erinnerung an das zerstörte Jerusalem; in der Regel, alle Synagogen nach Jerusalem auszurichten und alle Gebete mit dem Blick dorthin zu verrichten. Der Rabbiner Jakob Israel Emden, 1776 in Altona gestorben, schrieb – und er ist nur eine von vielen jüdischen Stimmen:

„Es ist bekannt, daß wir verpflichtet sind, beim Gebet unseren Blick auf Jerusalem zu richten. Darin allein aber darf sich noch lange nicht unsere Liebe zur Heiligsten Stätte, die wir einst besaßen, erschöpfen. Unsere Pflicht ist vielmehr, zu jener Stätte zu gelangen, wo die Gebeine unserer Erzväter ruhen, um dort zu leben, dort Gott zu dienen. Denn wenn auch das Heiligtum eingeäschert wurde, diese Stätte hat ihre Heiligkeit nicht eingebüßt. Wenn es daher nur irgend möglich ist, trachte, nach Zion zu gelangen, um dort auf diese Weise beizutragen, das zerstörte, verwüstete Land der Verheißung wieder aufzurichten und urbar zu machen.“

3 Der Zionismus in der Neuzeit

3.1 Assimilation und Antisemitismus in Westeuropa

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts erfuhr die Situation der Juden zunächst in Westeuropa eine grundlegende Änderung: Nach und nach wurde ihnen die bürgerliche Gleichberechtigung zuerkannt (*Emancipation*). Dies hatte zur Folge, daß ein Teil der Juden bemüht war, sich stärker in die Völker und Nationen, unter denen sie lebten, zu integrieren (*Assimilation*); sie verstanden ihr Judentum nur noch als Religion oder Konfession. Damit lockerten sich damals für diesen Teil der Juden auch die Beziehungen zum Land Israel und zum konkreten geschichtlichen Verständnis des jüdischen Glaubens.

So erstrebte z.B. der 1893 gegründete „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, alle deutschen Juden „zu sammeln, um sie in der tatkräftigen Wahrung ihrer staatsbürgerlichen Gleichstellung, sowie in der unbeirrbaren Pflege deutscher Gesinnung zu bestärken“.

Noch 1897 protestierte der Ausschuß der deutschen Rabbiner: „Die Bestrebungen sogenannter Zionisten, in Palästina einen jüdisch-nationalen Staat zu gründen, widersprechen den messianischen Verheißungen des Judentums, wie sie in der Heiligen Schrift und in den späteren Religionsquellen enthalten sind. ... Das Judentum verpflichtet seine Bekenner, dem Vaterland zu dienen und dessen nationale Interessen mit ganzem Herzen und mit allen Kräften zu fördern.“

Diese Assimilationsbemühungen blieben im wesentlichen auf Westeuropa und später auch auf Nordamerika beschränkt. Trotzdem griff auch in diesen Ländern eine neue Form der Judenfeindschaft, der moderne „Antisemitismus“, um sich. Immer wieder wurde den Juden durch judenfeindliche Literatur und Propaganda und durch vielerlei Diskriminierungen zum Bewußtsein gebracht, daß starke Kräfte in der „christlichen“ Gesellschaft nicht bereit waren, sie als gleichberechtigt anzuerkennen.

3.2 Das osteuropäische Judentum: Autoemanzipation

Noch ausgeprägter war die Judenfeindschaft in Osteuropa. Besonders im zaristischen Rußland kam es häufig zu Judenverfolgungen, zu Pogromen, bei denen viele Juden ihr Leben lassen mußten. Hier blieben die Juden eine verfolgte und weithin recht- und schutzlose Minderheit.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts entstanden vor allem in Rußland

an verschiedenen Stellen und unabhängig voneinander Bewegungen, die nach Lösungen für das Schicksal der Juden suchten. Dabei spielte einerseits der Gedanke eine wichtige Rolle, daß die Juden sich wieder verstärkt als ein Volk, eine Nation begreifen, d.h. sich selbst emanzipieren müßten. „Autoemanzipation“ war der Titel eines der wichtigsten Bücher zu diesem Thema (von Leo Pinsker, 1882 erschienen).

Damit hing der zweite Gedanke unmittelbar zusammen: daß die Juden ein eigenes Land haben müßten, um darin wie alle anderen Völker ihr eigenes nationales Leben ohne Zwang zur Anpassung an die Mehrheit und ohne Angst vor Unterdrückung führen zu können. Dies Land konnte aber, trotz einiger anderer Vorschläge, nur das Land der Väter sein, das so tief im Denken und Glauben der Juden verwurzelt war. Den Mittelpunkt dieses Landes bildete für jüdisches Bewußtsein immer Jerusalem mit dem Zion. So entstand der Name dieser Bewegung: „Zionismus“. Dieser Name zeigt deutlich, daß die Bewegung, obwohl sie politische und gesellschaftliche Ziele verfolgte und obwohl ihre Führer vielfach selbst nicht mehr bewußt in der religiösen Tradition standen, dennoch zutiefst in der Geschichte der jüdischen Religion wurzelte.

3.3 Theodor Herzl und der moderne Zionismus

Zum eigentlichen Begründer des modernen Zionismus wurde *Theodor Herzl*. Im Jahr 1896 erschien sein Buch „*Der Judenstaat – Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage*“, in dem viele der früher schon geäußerten Gedanken erneut ausgesprochen wurden. 1897 trat unter Herzls Leitung in Basel der erste Zionistenkongreß zusammen. Als entscheidendes Ziel wurde hier formuliert:

„Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. Zur Erreichung dieses Zieles nimmt der Kongreß folgende Mittel in Aussicht:

1. Die zweckdienliche Förderung der Besiedlung Palästinas mit jüdischen Ackerbauern, Handwerkern, Gewerbetreibenden.
2. Die Gliederung und Zusammenfassung der gesamten Judenschaft durch geeignete örtliche und allgemeine Veranstaltungen nach den Landesgesetzen.
3. Die Stärkung des jüdischen Volksgefühls und Volksbewußtseins.
4. Vorbereitende Schritte zur Erlangung von Regierungszustimmungen, die nötig sind, um das Ziel des Zionismus zu erreichen.“

Damit war das wichtigste politische Ziel ausgesprochen, das von Anfang an für den Zionismus im Mittelpunkt stand. Jedoch ist der Zionismus keineswegs eine ausschließlich politische Bewegung, wie es vielleicht von der Position Theodor Herzls aus erscheinen könnte. Vielmehr haben sich sehr verschiedenartige, teilweise auch gegensätzliche Strömungen und Interessen darin zusammengefunden.

So wurden von bestimmten Gruppen die geistigen und kulturellen Traditionen des Judentums nachdrücklich betont. Dieser „Kultur-Zionismus“, dem es in erster Linie um die innere Erneuerung der Juden ging, erstrebte nicht von Anfang an einen jüdischen Staat, sondern Palästina sollte vor allem ein jüdisches Kultur- und Geisteszentrum werden. Als Vertreter des Kulturzionismus ist bei uns besonders *Martin Buber* bekannt geworden. In diesen Kreisen wurde auch die Bildung eines binationalen jüdisch-arabischen Staates befürwortet, ein Gedanke, der bis heute in der innerisraelischen Diskussion lebendig ist (siehe Abschnitt 4.4).

Andere Gruppen legten das Gewicht auf die religiösen Traditionen des Judentums, denen sie auch innerhalb der zionistischen Bewegung Geltung verschaffen wollten. Sie gründeten unter dem Namen „Misrachi“ (geistiges Zentrum) eine eigene Vereinigung innerhalb der zionistischen Organisation. Die religiöse Gesetzestreue ging ihnen vor der nationalen Idee, und so lief ihr Ansatz in der Konsequenz auf einen theokratischen Staat hinaus. Schließlich gab es starke ideologische Spannungen innerhalb des Zionismus zwischen mehr sozialistisch und mehr nationalistisch orientierten Strömungen.

Allen diesen Gruppen gemeinsam war jedoch die Überzeugung, daß die Verwirklichung ihrer Ziele nur im eigenen Lande und in einem völkerrechtlich gesicherten Rahmen möglich sein würde.

3.4 Die jüdische Einwanderung in Palästina

Der Verwirklichung dieses Zieles stellten sich jedoch große Schwierigkeiten entgegen. Zwar wanderten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts Juden in kleineren und größeren Gruppen nach Palästina ein. Die allgemeine weltpolitische Lage, insbesondere der Niedergang der türkischen Herrschaft im östlichen Mittelmeerraum, erschwerten aber eine rechtliche Absicherung der Ansiedlung der Juden und die Schaffung einer nationalen „Heimstätte“. Palästina geriet erneut in das Interessenfeld der damaligen Großmächte.

Einen wichtigen Schritt in der Entwicklung stellte die Erklärung des britischen Außenministers Lord Balfour dar, die dieser im Namen seiner Regierung im Jahre 1917 abgab, die sogenannte *Balfour-Deklaration*. In ihr heißt es:

„Die Regierung Seiner Majestät betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei es sich versteht, daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte.“

Damit war eine Entwicklung eingeleitet, die schließlich trotz vieler Schwierigkeiten und Komplikationen zur Gründung des Staates Israel führte. Zugleich wird hier ein Problem angedeutet, das sich bald als das schwierigste und gefährlichste erweisen sollte: das Verhältnis zur arabischen Bevölkerung Palästinas und der angrenzenden Gebiete.

Nach dem Ersten Weltkrieg übernahm Großbritannien das Mandat über Palästina. In den folgenden Jahren und Jahrzehnten kam es zu häufigen Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern. Der Grund dafür war ein doppelter. Einerseits war die Einwanderung der Juden ständig gestiegen: Seit dem Beginn der ersten „*Alija*“ (Einwanderung) im Jahre 1882 hatte sich die jüdische Bevölkerung in Palästina von 24 000 auf etwa 90 000 im Jahre 1924 vermehrt; allein in den Jahren 1924 bis 1931 kamen aber etwa 82 000 jüdische Neueinwanderer ins Land, so daß der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung ständig größer wurde.

3.5 Teilung Palästinas

Andererseits war in den Jahren seit dem Ersten Weltkrieg ein neues arabisches Nationalbewußtsein entstanden, das in den vorangegangenen Jahrhunderten der türkischen Herrschaft kaum existiert hatte. Von den arabischen Nationalisten wurden die Juden als Konkurrenten und als Gefahr empfunden.

Die wachsenden Spannungen zwischen Juden und Arabern wurden allerdings auch durch Fehlhaltungen und Fehleinschätzungen der Zionisten verursacht. So gaben sie in ihren Überlegungen der Tatsache ein zu geringes Gewicht, daß in Palästina ja eine arabische Bevölkerung lebte; vielmehr gingen sie von der Vorstellung eines Landes aus, das überhaupt erst besiedelt und kultiviert werden müsse. Im Rückblick wird deutlich, daß dabei auch „kolonialistische“ Gedanken und Vorstellungen, wie sie damals in Europa allgemein verbreitet waren, im Spiele waren. Als dann die Siedlung in Palästina begann, wurde der zionistische Grundsatz der „*Avoda Ivrit*“ (Jüdische Arbeit) praktiziert: der Aufbau der jüdischen Wirtschaft sollte nur mit jüdischen Arbeitskräften geschehen. Dieser anti-kolonialistische Ansatz führte ungewollt dazu, den Abstand zwischen Juden und Arabern zu vergrößern.

Durch all diese Konflikte wurden die Ansätze zu einem friedlichen Zusammenleben und einer gemeinsamen Entwicklung des Landes aufs höchste gefährdet und schließlich zunichte gemacht. Die unentschiedene Politik der britischen Mandatsmacht konnte zur Lösung dieses Problems kaum etwas beitragen.

Die Lage wurde wesentlich verschärft durch den Beginn der großangelegten Judenverfolgungen im nationalsozialistischen Deutschland seit 1933. Die jüdische Einwanderung stieg sprunghaft an; andererseits versuchten die Engländer, die Einwanderung zu drosseln, so daß es zu Auseinandersetzungen und vielfach zu illegalen Einwanderungen kam, weil die jüdischen Flüchtlinge aus dem von Hitler beherrschten Europa keinen anderen Ausweg sahen. Die jüdische Bevölkerung wuchs schließlich bis 1948 auf 650 000 an.

Im Jahre 1937 schlug zum ersten Mal eine Kommission der britischen Regierung die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat vor. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erreichten die Auseinandersetzungen über die Frage der Teilung ihren Höhepunkt. Die britische Mandatsregierung sah sich nicht in der Lage, eine Lösung herbeizuführen, und gab Anfang 1947 ihr Mandat an die Vereinten Nationen zurück.

Am 29. November 1947 faßte die Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution über die *Teilung Palästinas*. Die Vertreter der jüdischen Bevölkerung des Mandatsgebiets erklärten sich mit der Teilung einverstanden, obwohl die vorgesehenen Grenzen für sie sehr ungünstig waren. Die Araber lehnten die Teilung ab. So bedeutete die Geburtsstunde des jüdischen Staates zugleich den Beginn des ersten jüdisch-arabischen Krieges.

4 Der Staat Israel

4.1 Israel, nationale Heimstätte der Juden

Am 14. Mai 1948 wurde zugleich mit der Beendigung des britischen Mandats über Palästina die *Gründung des Staates Israel* proklamiert. Der jüdische Teil der Bevölkerung des Mandatsgebietes vollzog damit die Resolution der Vereinten Nationen. Die arabische Bevölkerung eröffnete jedoch gemeinsam mit den umliegenden arabischen Ländern einen Krieg gegen den neuen jüdischen Staat mit der Absicht, ihn wieder zu beseitigen. Die Juden konnten diesen Waffengang für sich entscheiden. Nach langwierigen Waffenstillstandsverhandlungen wurden schließlich im Jahre 1949 Waffenstillstandslinien vereinbart, die bis 1967 Bestand hatten. Zu einem Friedensschluß und zur Herstellung völkerrechtlich verbindlicher Grenzen haben sich die Araber aber nie bereitgefunden.

Der Staat Israel versteht sich selbst als die *nationale Heimstätte der Juden*, von der schon der erste Zionistenkongreß gesprochen hatte. Insofern ist er ein „zionistischer“ Staat, als in ihm die Zionssehnsucht, die sich durch die Jahrtausende hindurch erhalten und schließlich im modernen Zionismus neuen Ausdruck gefunden hatte, ihr Ziel erreicht hat: daß die Juden wieder im eigenen Lande leben können, ohne Verfolgung und Diskriminierung und ohne Einschränkung der nationalen und bürgerlichen Rechte. Die Proklamationsurkunde des Staates Israel beginnt folgendermaßen:

„Im Lande Israel entstand das jüdische Volk; hier wurde sein geistiges, religiöses und politisches Wesen geformt; hier lebte es ein Leben in staatlicher Unabhängigkeit; hier schuf es seine nationalen und universellen Kulturgüter und schenkte der Welt das ewige ‚Buch der Bücher‘. Nachdem das jüdische Volk mit Gewalt aus seinem Land vertrieben worden war, bewahrte es ihm in allen Ländern der Zerstreuung die Treue und hörte nicht auf, um die Rückkehr in sein Land und um die Erneuerung seiner politischen Freiheit in ihm zu beten und darauf zu hoffen.“

Aufgrund dieser geschichtlichen und moralischen Verbundenheit versuchten Juden in allen Generationen, zurückzukehren und in ihrem alten Heimatlande Fuß zu fassen; in den letzten Generationen kamen sie in großen Scharen in ihr Land zurück.“

Israel steht jedem Juden offen. Eines der wichtigsten Gesetze ist das „*Gesetz der Rückkehr*“. Sein erster Satz lautet: „Jeder Jude hat das Recht, in dieses Land einzuwandern.“ Das bedeutet, daß jeder Jude, der nach Israel kommt, die Staatsbürgerschaft dieses Landes erwirbt. Damit hat sich die Situation der Juden nach zweitausend Jahren grundlegend gewandelt: es gibt wieder einen jüdischen Staat, und jeder Jude kann, wenn er den Wunsch dazu hat, Bürger dieses Staates werden. Seither ist Israel zur Zuflucht für Hunderttausende von Juden geworden, die in anderen Ländern der Welt nicht frei und ohne Verfolgung oder Diskriminierung leben konnten. Für unzählige andere, denen die Ausreise nach Israel verweigert wird (wie beispielsweise vielfach in der Sowjetunion), ist Israel Ziel ihrer Sehnsucht und Symbol der Freiheit.

4.2 Juden in arabischen Ländern

Unter denen, die nach Israel kamen, waren neben den Flüchtlingen aus Europa vor allem Juden aus den arabischen Ländern. Durch Jahrhunderte hatten sie unter dem Regiment des Islam gelebt. Es gab relativ ruhige und glückliche Zeiten für sie. Im Blick auf das maurische Spanien des 12. Jahrhunderts

sprach man sogar von einem „goldenen Zeitalter“ jüdisch-islamischer Symbiose. Immer aber blieben sie Bürger zweiter Klasse, ungesichert und als dhimmi, als nichtislamische Untertanen, Opfer der fiskalischen Ausbeutung. Häufig genug waren sie der Isolierung und Diskriminierung ausgesetzt. Auch im 20. Jahrhundert gab es in islamischen Ländern Plünderungen und Pogrome gegen die Juden.

Nach der Gründung des Staates Israel und unter dem Druck des israelisch-arabischen Konflikts wurde der größte Teil der Juden, die lange vor dem Islam in Nordafrika und dem Nahen Osten gewesen waren, aus ihren Heimatländern vertrieben. So ist beispielsweise die jüdische Bevölkerung im Irak, deren Ursprünge auf die Zeit des babylonischen Exils (seit 596 v. Chr.) zurückgehen und die im Jahr 1948 ungefähr 125 000 Menschen umfaßt hatte, heute praktisch erloschen. Anderswo, wie etwa in Syrien, werden die noch vorhandenen kleinen jüdischen Gruppen festgehalten und gravierenden Einschränkungen ihrer menschlichen und bürgerlichen Rechte unterworfen. So hat die Existenz Israels als Heimstätte und Zuflucht gerade für die orientalischen Juden eine unschätzbare Bedeutung gewonnen.

4.3 Kulturelle und religiöse Vielfalt

Die jüdische Bevölkerung Israels ist aus mehr als hundert verschiedenen Ländern nach Israel gekommen. Von den heute in Israel lebenden Juden ist allerdings schon fast die Hälfte im Lande selbst geboren. Die Vielfalt der Herkunft bedeutet zugleich eine große Vielfalt kultureller, geistiger und sozialer Traditionen. Daraus ergeben sich einerseits Anstöße für die Herausbildung und Entfaltung eines neuen jüdischen Lebens, in das all die mitgebrachten Traditionen einfließen und sich zu neuen Formen gesellschaftlichen, geistigen und kulturellen Lebens verbinden. Andererseits entstehen dadurch aber auch Schwierigkeiten, nicht zuletzt durch den sehr unterschiedlichen Bildungsstand, z.B. zwischen den aus Mitteleuropa und den aus den arabischen Ländern Eingewanderten. Diese Gegensätze und Spannungen werden erst allmählich durch das Zusammenwachsen der im Lande geborenen Generationen überwunden.

Ein weiteres Problem bildet die unterschiedliche Art der Beziehungen zur religiösen Tradition des Judentums. Auf der einen Seite stehen streng orthodoxe Gruppen, die teilweise schon lange vor dem Beginn der zionistischen Einwanderung in Palästina gelebt hatten oder aus Gebieten mit einer ungebrochenen religiösen Tradition, wie z.B. in Teilen Osteuropas, nach Israel kamen. Auf der anderen Seite hatten gerade die politisch aktiven zionistischen Gruppen weithin kaum noch Beziehungen zur religiösen Tradition, und auch aus Mitteleuropa und Nordamerika kamen viele Juden nach

Israel, deren religiöse Bindungen sehr gelockert waren. Das Zusammenleben dieser verschiedenen Gruppen stellt eins der wichtigsten innenpolitischen Probleme dar. Israel versteht sich zwar als säkularer Staat, jedoch schlagen sich religiöse Überlieferungen und Forderungen vielfältig in der Gesetzgebung und in anderen Regeln für das Gemeinschaftsleben nieder. Dadurch kommt es häufig zu Spannungen und Auseinandersetzungen, die erst im Laufe von Generationen zu neuen, allgemein anerkannten Formen des Zusammenlebens führen können.

Die innere Entwicklung Israels wird allerdings immer wieder durch die äußere Bedrohung und die damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen belastet und gefährdet.

4.4 Zionismus und Antizionismus im heutigen Judentum

Die zionistische Bewegung war die treibende Kraft, die schließlich zur Verwirklichung des Staates Israel geführt hat. Wie vielseitig sie von Anfang an in ihren Ideen, Interessen und Zielen gewesen war, ist bereits dargestellt (siehe Abschnitt 3.3). Es ist fast selbstverständlich, daß diese Vielseitigkeit, freilich weiterentwickelt und durch die veränderte Situation stark modifiziert, auch heute weiterbesteht. So gibt es nach wie vor die Diskussion zwischen dem „nationalistisch-politischen“ und dem „Kulturzionismus“. Sie entzündet sich heute vor allem am Problem des Verhältnisses zu den Arabern, insbesondere an der Frage, wie es Israel mit den seit 1967 besetzten Gebieten halten solle. Auf der einen Seite steht der Likud-Block, der mit Berufung auf Herzl eine „großisraelische“ Lösung fordert. Auf der anderen Seite stehen, repräsentiert durch führende Mitglieder der sozialistischen Mapam-Partei und progressive Intellektuelle, die Kräfte, die sich für einen Verständigungsfrieden und eine möglichst weite Beteiligung der Araber in Staat und Gesellschaft einsetzen. Sie vertreten eher die Buber-Linie. Auch die Spannungen zwischen dem säkularen und dem religiös begründeten Zionismus sind keineswegs ausgeglichen.

Neben dieser innerzionistischen Diskussion gibt es, in Israel allerdings nur als Randgruppen, erklärte Gegner der zionistischen Idee und des zionistischen Staates. Es sind dies zum einen die streng orthodoxen Kreise, die nach wie vor einen theokratischen Staat fordern, also einen religiösen Antizionismus vertreten. Zum andern sind hier die Anhänger des linken Flügels der kommunistischen Rakach-Partei zu nennen. Schließlich gibt es eine Bewegung, die weder orthodox noch kommunistisch, aber radikal antizionistisch ist und die völlige Integration Israels in den vorderasiatischen Raum anstrebt.

Auch unter den Juden außerhalb Israels gibt es nach wie vor antizionistische Strömungen. Unter dem Druck des wachsenden

Antizionismus in der Welt treten diese innerjüdischen Unterschiede und Gegensätze jedoch mehr und mehr in den Hintergrund. Man ist sich weithin einig in der Bejahung des jüdischen Selbstbewußtseins und im Willen zur staatlichen Eigenverantwortung. Der Krieg von 1967 und erst recht die UN-Resolution vom November 1975 haben einen Solidarisierungseffekt ausgelöst, der zu einer Verstärkung der zionistischen Tendenzen in Israel und im übrigen Judentum geführt hat.

4.5 Araber in Israel

Ein besonderes Problem stellt die Situation der arabischen Minderheit in Israel dar. Die Waffenstillstandslinien von 1949 brachten es mit sich, daß in verschiedenen Teilen des Landes, besonders im Norden (in Galiläa), eine größere Anzahl arabischer Bewohner im Staatsgebiet von Israel blieben. (Der größere Teil der arabischen Bevölkerung hatte allerdings das Land während der Kämpfe des Jahres 1948 verlassen – siehe Abschnitt 5.2.) Sie stellten für den neuen Staat in doppelter Hinsicht ein Problem dar.

Einerseits bestanden nationale, politische und vielfältige verwandtschaftliche Beziehungen zwischen den Arabern in Israel und denen in den angrenzenden Ländern, die dem Staat Israel feindlich gegenüberstanden. Deshalb bedeuteten die Araber in Israel ein Sicherheitsrisiko. So wurden sie in den ersten Jahren unter eine besondere Militärverwaltung gestellt und unterlagen bestimmten Beschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit außerhalb ihres Wohngebietes. Diese Einschränkungen wurden jedoch im Laufe der Jahre mehr und mehr gelockert und schließlich ganz aufgehoben. Allerdings werden die arabischen Bürger Israels nicht zum Militärdienst herangezogen.

Andererseits bestand das Problem, wie die arabische Minderheit in den jüdischen Staat integriert werden könnte. Die arabische Sprache galt von Anfang an neben dem Hebräischen als zweite Amtssprache. Die arabische Bevölkerung war durch ihren niedrigen Bildungsstand kulturell und sozial benachteiligt. Deshalb mußte ein eigenes arabisches Bildungssystem aufgebaut werden, das erst allmählich seine Auswirkungen haben konnte. Dies hat zur Folge, daß der Anteil der Araber an den geistig und gesellschaftlich führenden Schichten geringer ist als ihr Anteil an der Bevölkerung. Jedoch ist auch in dieser Hinsicht eine ständige Entwicklung zu erkennen. Ihr Ziel ist es, die arabischen Bürger Israels in die Lage zu versetzen, voll an dem geistigen, gesellschaftlichen und politischen Leben Israels teilzunehmen und dabei zugleich ihre kulturelle Selbständigkeit zu bewahren und weiterzuentwickeln. Daß diesem Ziel in der menschlichen und politischen Wirklichkeit auf beiden Seiten bis heute oft kaum überwindliche Hindernisse entgegenstehen, ist eine der tragischen Folgen des israelisch-arabischen Konflikts.

5 Der Vorwurf des Rassismus

5.1 Der Rassismusvorwurf – ein politisch-ideologisches Instrument

Eine der entscheidenden Triebkräfte zur Entstehung des Zionismus war der Kampf gegen den Rassismus. Denn der Begriff der „Rasse“ im diskriminierenden Sinne wurde zuerst auf die Juden angewandt als angeblich wissenschaftliche Begründung des Antisemitismus. Der Zionismus als nationale Emanzipations- und Befreiungsbewegung war deshalb zugleich Kampf gegen den Rassismus. Wie konnte es dann aber zu der Behauptung kommen, der Zionismus sei eine Form des Rassismus?

Die EntschlieÙung der Vereinten Nationen, die diese Behauptung enthält, richtet sich offensichtlich in erster Linie gegen die Politik des Staates Israel. Der Begriff „Rassismus“ wird dabei als wirkungsvolles Schlagwort verwendet. Durch die Identifizierung von Zionismus und Rassismus wird einerseits an traditionelle antizionistische Gefühle appelliert. Andererseits gibt es heute in der Weltöffentlichkeit, zumal im Forum der Vereinten Nationen, kaum ein ideologisches Instrument, das eine so breite Reaktion auslösen könnte wie der Vorwurf des Rassismus. Mit der tatsächlichen Geschichte des Zionismus hat er allerdings so gut wie nichts zu tun. Man muß auch annehmen, daß der überwiegenden Mehrzahl der UN-Delegierten und der sie entsendenden Regierungen diese Geschichte unbekannt ist.

Hinter dem Rassismusverdikt stehen, wenn auch ideologisch verzerrt und politisch mißbraucht, Erfahrungen und Erwartungen der palästinensischen Araber.

5.2 Die Palästinenser

Voraussetzung für die politische Entwicklung, die zu der Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus geführt hat, ist die Lage im Nahen Osten, insbesondere seit dem arabisch-israelischen Krieg von 1967. Bis dahin galt in der Weltmeinung Israel allgemein als bedroht und schutzbedürftig. Das Problem der palästinensischen Flüchtlinge aus dem Jahr 1948 wurde zwar als schwierig und lösungsbedürftig angesehen, jedoch erwuchs daraus nur vereinzelt ein unmittelbarer Vorwurf gegen Israel. Denn in der Tat waren dafür arabische Führer in hohem Maße mitverantwortlich, die die palästinensischen Araber zur Flucht aufgefordert und ihnen versprochen hatten, daß sie bald mit den siegreichen arabischen Truppen zurückkehren könnten.

Die Lage änderte sich mit dem Jahre 1967. Der arabisch-israelische Krieg, der durch die einseitige Aufkündigung

des Mandats für die Schutztruppen der UN und die Sperrung der für Israel lebenswichtigen Straße von Tiran durch Ägypten ausgelöst wurde, führte zu einem überlegenen israelischen Sieg und zur Besetzung ägyptischer, jordanischer und syrischer Territorien. Arabisch-palästinensische Kerngebiete – Ostjerusalem, die „Westbank“ (das Westjordanland) und der Gazastreifen – kamen unter israelische Kontrolle. Durch seinen Sieg geriet Israel plötzlich in die Situation des Überlegenen und mußte zudem die Rolle einer Besatzungsmacht übernehmen. Obwohl anerkannt wird, daß Israel sich im großen und ganzen um eine liberale Besatzungspolitik bemüht hat, entstanden dadurch viele Ansätze zu einer Umkehrung der Sympathien in der Weltöffentlichkeit.

Hand in Hand mit dieser Entwicklung ging eine Wandlung im Bewußtsein und Selbstverständnis der Palästinenser. Verhindert durch die „kolonialistische“ europäische Außenpolitik, durch die Eigeninteressen des haschemitischen Königreiches Jordanien, durch den Erfolg des jüdischen Zionismus und insbesondere ihren eigenen Mangel an nationalpolitischen Traditionen war es den Palästinensern nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gelungen, ihre Unabhängigkeit zu erreichen. Erst im Kampf verschiedener palästinensischer Befreiungsorganisationen, die sich teilweise in der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zusammenschlossen, gegen Israel und in der oft blutigen Auseinandersetzung mit den arabischen Nachbarstaaten (Vernichtung der Streitmacht der Palästinensischen Bewegung 1970 in Jordanien und 1976 im Libanon) profilierte sich das palästinensische Eigenbewußtsein und verschaffte sich die palästinensische Stimme Gehör. Der Begriff „Palästinenser“ wurde jetzt zu einer nationalen Bezeichnung für diese Gruppe von Arabern, die sich als Volk zu verstehen begann – und zwar als ein Volk, dem das elementare Recht auf Selbstbestimmung und auf ein Leben in dem ihm historisch zugewachsenen Raum verweigert wurde.

Den Palästinensern stellte es sich so dar, daß die entscheidende Schuld daran die zionistische Politik Israels trug, da Israel sich weigere, seine nationalstaatlichen oder gar großisraelischen Ziele aufzugeben und der arabischen Bevölkerung die Selbstbestimmung zu ermöglichen. Sie empfanden diese Haltung als Fortsetzung des Kolonialismus und als „rassistische“ Diskriminierung.

Am Beginn der palästinensischen Volkwerdung stehen die Leiden der Flüchtlingslager und des „Schwarzen September“, aber auch die terroristischen Unternehmungen der Befreiungsorganisationen, die sich zunächst in Bombenanschlägen in Israel und den besetzten Gebieten entluden, dann aber mit Flugzeugentführungen, dem Massaker während der Olympischen Spiele in München 1972 usw. in die ganze Welt hinausgetragen wurden. Doch verlagerten sich die Aktivitäten der Befreiungsbewegungen vom reinen Terror immer

mehr auf die politische Ebene, wo es der PLO gelang, die Anerkennung als Vertretung der Palästinenser zu gewinnen. Ein ideologischer Rahmen wurde entwickelt. Man forderte einen „demokratischen, einheitlichen, säkularen Staat“ in Palästina. Dies würde die Wiederansiedlung von Palästinensern und die „Entzionisierung“ Israels bedeuten, freilich die Juden zu einer Minderheit in dem neuen Staat machen und ihnen damit wieder die eben erst gewonnene Sicherheit und Selbstverantwortung nehmen. Höhepunkt dieser Entwicklung war der Auftritt des PLO-Führers Jassir Arafat vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im November 1974 und die Bestätigung der „unveräußerlichen Rechte“ des palästinensischen Volks, insbesondere seines Rechts auf Selbstbestimmung und Souveränität und auf Rückkehr in Heimat und Eigentum.

Der Gegensatz zwischen Juden und Palästinensern ist besonders tragisch, weil so viele gleichartige geschichtliche Erfahrungen und Hoffnungen die beiden Gemeinschaften verbinden. So sagte der israelische Schriftsteller Amos Oz kürzlich in einem Interview:

„Im Mittelpunkt steht der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern. Er ist voller tragischer Dimensionen. Das unterscheidet ihn von der israelisch-ägyptischen und israelisch-syrischen Konfrontation. Bei Palästinensern und Israelis handelt es sich um verfolgte Volksgemeinschaften. Beide haben sie ihre nationalen Bewegungen geschaffen und ihre nationalistischen Sehnsüchte entdeckt. Beide haben sie recht, und beide sind sie blind, unfähig, die Gegenseite aus der Gegenwart und nicht bloß aus der Vergangenheit heraus zu verstehen.“

5.3 Palästinensisch-arabischer Antizionismus

Der Konflikt, der zum heutigen Antizionismus und zum Vorwurf des Rassismus führte, muß indes noch in einer weiteren Dimension gesehen werden. Der arabische Widerstand gegen die Existenz des Staates Israel in Palästina hängt mit islamischen Grundüberzeugungen zusammen. Der Islam war zu Beginn von einem starken expansiven Impuls getragen und erreichte die politische und religiöse Vorherrschaft über den Nahen Osten und Nordafrika. Sie blieb in den meisten dieser Gebiete lange erhalten, so daß sie weithin durch eine gemeinsame Kultur und Sprache geprägt sind und sich als die „arabische Nation“ verstehen. Sie ist der Kern des „Dar al Islam“ (Haus des Islam), der islamischen Welt. Es ist dem Islam von seinem Selbstverständnis her unmöglich, aus diesem geschlossenen Reich

des „Dar al Islam“ ein wesentliches Stück, das zudem noch Stätten von hoher religiöser Bedeutung für die Muslime enthält, wieder herausgebrochen zu sehen. Deshalb war es unvermeidlich, daß der israelische Staat von den Arabern als Fremdkörper und der Zionismus als feindliche, gegen die höchsten Werte der arabischen Nation gerichtete Ideologie empfunden wurde.

Alle diese Motive bündelten sich zum palästinensisch-arabischen Antizionismus, der den Vorwurf der rassistischen Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung einschließt. Die jüdische Autorin Wanda Kampmann hat den Katalog der Vorwürfe im einzelnen zusammengestellt:

- „Israel ist ein Relikt des Kolonialismus, es hat die Epoche der Freiheitsberaubung und Demütigung der arabischen Völker durch europäische Kolonialherren fortgesetzt.
- Die Zionisten haben mit dem Boykott arabischer Arbeit in Palästina begonnen; Isolierung, Exklusivität und Hochmut der jüdischen Einwanderer haben sich später schlimmer ausgewirkt als die alten Formen der kolonialen Herrschaft.
- Die Theorie vom ‚jüdischen Volk‘ und die Definition des Juden ist nichts als Rassismus. Es sind rassistische Tendenzen, wenn Zionisten die Assimilation der Juden in anderen Ländern zu hindern suchen und ihnen die nationale jüdische Identität aufdrängen wollen.
- Der jüdische Nationalismus gründet sich auf den Erwählungsglauben; Religion wird von den Zionisten zu politischen Zwecken mißbraucht; die in Palästina angesiedelten Juden sind selber nur Marionetten im politischen Programm des Zionismus.
- Die Zionisten haben den zivilisatorischen Hochmut Europas in den Orient getragen (sie wollten ‚das Licht unter den Völkern‘ sein) und einen künstlichen Staat im Herzen der arabischen Heimat gegründet, der niemals integriert werden kann.
- Die zionistischen Weltkongresse und die Jewish Agency sind Organe der zionistischen Weltverschwörung, sie stellt die Juden der Welt in den Dienst Israels.“

5.4 Zionismus ist ein wesentliches Element im Judentum

Schließlich wird bei den Angriffen auf den Zionismus häufig der Versuch gemacht, zwischen Zionismus und Judentum einen grundsätzlichen Unterschied zu konstruieren. Es wird oft der Anschein erweckt, als handle es sich bei den Zionisten um eine Art Clique, die der Mehrheit der Juden ihre

rassistische Politik aufzwingen. Es gibt aber auch ernsthafte Stimmen, etwa von christlichen Arabern, die zwischen Judentum und Zionismus unterscheiden. Sie sind der Überzeugung, daß im Nahen Osten Religionen nebeneinander leben können, wenn sie sich nicht zu Staaten verhärten und verabsolutieren. Allerdings müßte sich der darin enthaltene Vorwurf genauso gegen die Mehrzahl der islamisch geprägten Staaten und gegen entsprechende christliche Bestrebungen etwa im Libanon richten. Im übrigen wird dabei jedoch völlig außer acht gelassen, daß der Zionismus eine Bewegung ist, die aus der Tiefe des jüdischen Volkes und seiner geschichtlichen und religiösen Tradition heraus gewachsen ist.

Judentum und Zionismus können nicht wirklich unterschieden werden. Es ist nicht möglich, die jüdische Religion und das jüdische Volk von der Bindung an „Erez Israel“ zu lösen; einer Bindung, die im Zionismus zur geschichtlichen und politischen Wirkung gekommen ist. Daran ändert auch die Tatsache eines jüdischen Antizionismus (siehe Abschnitt 4.4) nichts.

Deshalb bedeutet der moderne Antizionismus letzten Endes einen Angriff auf die Juden überhaupt, für deren überwältigende Mehrheit die Schaffung des Staates Israel die Erfüllung ihrer jahrtausendealten Hoffnungen und Wünsche darstellt. Insofern ist es berechtigt, im Antizionismus eine neue Form antijüdischer Bewegung zu sehen: „Antisemitismus im Kleide des Antizionismus“ ist „ehrbar“ geworden (Jean Amery). Dieser Tendenz muß mit Nachdruck entgegengetreten werden.

6 Christliche Solidarität mit den Juden

6.1 Christliche Kirchen gegen den ideologischen Antizionismus

Zahlreiche Christen und christliche Kirchen haben die Herausforderung angenommen, die die Resolution der Vereinten Nationen über den Zionismus (siehe Abschnitt 1.1) darstellt. Sie erkannten, daß sie dazu nicht schweigen dürfen, und haben der Resolution widersprochen, weil sie die geschichtliche und religiöse Bedeutung des Zionismus mißachte, ihn ideologisch und politisch mißbrauche und lediglich geeignet sei, den Konflikt im Nahen Osten weiter zu verschärfen.

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Claß, erklärte:

„... Die Bezeichnung des Zionismus als eine Form von Rassismus und Rassen-diskriminierung ist historisch und

sachlich falsch ... Es ist eine schlimme Verdrehung von Tatsachen, wenn nun eine Staatenmehrheit in der UN ein Volk des Rassismus bezichtigt, das sich unter dem Druck der ihm selbst widerfahrenen Rassendiskriminierung mit Billigung der UN ein Staatswesen schuf ...

Die eigentliche Bestürzung muß der Tatsache gelten, daß die Weltorganisation der UN, die für ihre Arbeit an der Sicherung des Friedens in der Welt des Vertrauens und der Mitarbeit aller Staaten bedarf, selbst den Frieden gefährdet und darüber in eine tiefe Krise stürzt ...

Dieses Signal gilt nicht zuletzt der Christenheit in der Welt. Ich bin nicht sicher, ob sie allen ihren Gliedern klar genug gezeigt hat, daß der Vater Jesu Christi der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs ist und daß darum das Schicksal des Volkes und auch des Staates Israel keinem Christen nebensächlich sein kann. Christen und Juden sind nach Gottes Willen unlösbar aneinander gewiesen. Jedenfalls kann Israel in diesen Tagen und Wochen mit Recht auf Zeichen unserer Solidarität mit ihm warten ..."

Die leitenden Geistlichen der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, die der UN-Resolution zugestimmt hatte, erklärten:

„... Wir haben diese Mehrheitsentscheidung mit ernster Besorgnis zur Kenntnis genommen ... Wir haben nicht zu vergessen:

- Als Christen sind wir nach dem Zeugnis der Bibel in die Geschichte Gottes mit dem Volk Israel gestellt,
- als Deutsche haben wir in der Vergangenheit das Existenzrecht des jüdischen Volkes in einem erschreckenden Maße verneint,
- als Kirchen in der DDR haben wir uns nachdrücklich für das Programm des Ökumenischen Rates zur Bekämpfung des Rassismus eingesetzt.

Wir sind für das klare Wort des Generalsekretärs des Ökumenischen Rates der Kirchen, Dr. Philip Potter, zu der UNO-Resolution dankbar. Mit diesem Wort ist unzweideutig klar gestellt, daß wir die Gleichsetzung von Rassismus und Zionismus nicht mitvollziehen können..."

Der Ökumenische Rat der Kirchen hatte in seiner Erklärung „unzweideutig der Gleichsetzung von Rassismus und Zionismus“ aus folgenden Gründen „widersprochen“:

- der Zionismus sei in der Geschichte eine Bewegung gewesen, „die sich für die Befreiung des jüdischen Volkes aus Unterdrückung, einschließlich rassistischer Unterdrückung, einsetzte“;
- es gebe keinen Beweis, daß der Zionismus im Sinne der UNESCO-Definition (siehe Abschnitt 1.2) „offenkundig rassistisch“ ist;
- die Gleichsetzung habe „die ernsthafte schädigende Wirkung, die bereits explosive Situation im Nahen Osten zu verschärfen“.

„Daher appellieren wir an die UN-Vollversammlung, diese Resolution noch einmal zu bedenken und rückgängig zu machen ...“

6.2 Christlicher und jüdischer Glaube haben gemeinsame Wurzeln

Die zitierten kirchlichen Erklärungen wie nahezu alle christlichen Äußerungen betonen, daß die Christen in besonderer Weise mit dem jüdischen Volk verbunden sind. Die Solidarität mit Israel ist Zeichen und Erweis dieser inneren Verbundenheit. Sie hält in einer kritischen Situation daran fest, daß der Glaube der Christen und des jüdischen Volkes gemeinsame Wurzeln haben.

Jesus war Jude, die Heilsgeschichte der Christen – Geburt, Kreuzigung, Auferstehung Jesu – ereignete sich mitten im jüdischen Volk und im jüdischen Land. Jesus nahm teil am jüdischen Gottesdienst im Tempel und in der Synagoge. In seiner Predigt nahm er die Glaubenserfahrungen und -überlieferungen des jüdischen Volkes auf. So ist der Glaube von Juden und Christen durch viele Gemeinsamkeiten bestimmt: sie bekennen sich zu dem einen Gott, dem Schöpfer und Erlöser; sie gründen ihren Glauben auf die „Schrift“; sie verstehen sich beide als Volk Gottes; sie sind in ihrem Handeln bestimmt durch die Wechselbeziehungen zwischen Gerechtigkeit und Liebe; sie leben aus der gemeinsamen Geschichte Gottes mit seinem Volk, deren Vollendung sie erwarten.

Die Wege der Juden und der Christen gingen trotz der gemeinsamen Wurzeln im Lauf der Jahrhunderte immer weiter auseinander. Der Gegensatz entzündete sich an dem Neuen, das die Botschaft Jesu und der Apostel brachte; daß in der Person Jesu der erwartete Messias gekommen und mit seiner Auferweckung die Endzeit angebrochen sei. Damit war auf beiden Seiten die Wahrheitsfrage gestellt. Aus Abgrenzung und Widerspruch wurde allmählich eine offene und scheinbar unversöhnliche Feindschaft. Auch der moderne Antisemitismus ist nicht denkbar ohne diesen durch die Jahrhunderte gehenden Konflikt, dessen Opfer zum allergrößten Teil die Juden wurden.

Dennoch konnten diese Gegensätze die Gemeinsamkeiten nur überdecken, nicht aber völlig aufheben.

Die besondere Beziehung und Verbundenheit der Christen zu Israel hat sich heute, wo das jüdische Volk in seinem Staat von einer weltweiten Isolierung bedroht ist, zu bewähren. Es kommt in der Tat darauf an, wie ernst die Christen es nehmen, „daß der Vater Jesu Christi der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs ist und daß darum das Schicksal des Volkes und auch des Staates Israel keinem Christen nebensächlich sein kann“ (Landesbischof Claß, vgl. Seite 21-22).

6.3 Jerusalem, die heilige Stadt

Vom Glauben und von der Geschichte der Juden legt das Alte Testament, die Heilige Schrift der Juden, Zeugnis ab. Da das Alte Testament zur Heiligen Schrift der Christen gehört, hat der biblische Zionismus auch für Christen Gewicht. Daran erinnert im kirchlichen Festkalender der vierte Sonntag der Passionszeit, der „Laetare“ genannt wird gemäß dem Wort „Freuet euch (=laetare) mit Jerusalem und seid fröhlich über die Stadt, alle, die ihr sie liebhabt“ (Jesaja 66,10). Jerusalem ist für Juden und Christen eine Stadt der Hoffnung: es ist Sinnbild für die Einlösung der Verheißung Gottes. Weil Jerusalem eine konkrete Bedeutung für ihren Glauben hat, müssen sich Christen – zusammen mit den Juden – das Wohlergehen dieser Stadt und ihres Landes angelegen sein lassen. Dabei werden sie allerdings zweierlei zu beherzigen haben.

Zum einen ist das Jerusalem des Glaubens nicht eins mit der irdischen Stadt Jerusalem und ihrer politischen Existenz – sei es als Teil des Staates Israel, sei es unter einem anderen völkerrechtlichen Status. „Es kommt die Zeit“, sagte Jesus zu der samaritanischen Frau, „daß ihr weder auf diesem Berge noch zu Jerusalem werdet den Vater anbeten ... Gott ist Geist, und die ihn anbeten, die müssen ihn im Geist und in der Wahrheit anbeten“ (Johannes 4, 21 und 24). Auch wenn sich insbesondere die orientalischen Christen der Stadt Jerusalem mit ihren Heiligtümern und heiligen Bezirken tief verbunden fühlen, können Christen nie im selben Sinne „Zionisten“ sein wie Juden.

Zum andern ist Jerusalem nicht nur für Juden und Christen, sondern auch für Muslime ein heiliger Platz und eine Stadt der Hoffnung. Auch sie verstehen sich als Söhne des Vaters Abraham. Von ihrem Glauben her ist es ihnen besonders schwer, Jerusalem, eines der wichtigsten Zentren in „Dar al Islam“, unter einer anderen als islamischer Hoheit zu sehen (siehe Abschnitt 5.3). Ihr Kampf gegen den israelischen Zionismus, der den Christen oft rein machtpolitisch und ideologisch motiviert zu sein scheint, hat geschichtliche Wurzeln und religiöse Tiefe.

6.4 Gemeinsame Verantwortung für Gerechtigkeit und Frieden

Alle ausgewogeneren Stimmen zum Nahostkonflikt laufen darauf hinaus, daß eine Lösung, die unaufgebbare Rechte auf beiden Seiten wahren will und den Frieden sichern kann, heute nur möglich ist, wenn

- die Existenz und Lebensfähigkeit des Staates Israel innerhalb international anerkannter Grenzen gewährleistet ist. Ein friedliches Zusammenleben der Israelis und aller arabischen Palästinenser in einem Staat ist gegenwärtig nicht realisierbar. Deshalb ist der Staat Israel der unerläßliche Rahmen jüdischer Existenz im Nahen Osten.
- das palästinensische Volk die Möglichkeit erhält, sein Recht auf Selbstbestimmung und Staatlichkeit auszuüben und seine Identität in Freiheit zu gestalten. Dazu braucht es einen garantierten und von den Palästinensern als Heimat auch angenommenen Lebensraum im Nahen Osten.

Nach wie vor sind die Kräfte und Bewegungen, die den Staat Israel tragen, „zionistisch“. Wo der Zionismus an seiner Wurzel getroffen werden soll, können die Christen und die Kirchen deshalb nicht schweigen, sondern müssen öffentlich für die Juden und ihren Staat eintreten. Dies bedeutet nicht, daß die Politik des Staates Israel und das Verhalten seiner Einwohner in allen Einzelheiten gebilligt werden müßte. Vielmehr sollten gerade diejenigen, die entschlossen dem Antizionismus entgegentreten wollen, zugleich darauf hinarbeiten, daß die israelische Regierung sich nach allen Kräften um eine Lösung des Nahostkonflikts bemüht, die die Rechte beider Seiten wahrt und den Frieden sichert.

Es gibt heute bereits erste Ansätze zu gemeinsamen Gesprächen zwischen Juden, Christen und Muslimen. Eine der wichtigsten Aufgaben ist es, diese Begegnungen zu fördern und zu vertiefen, denn die Probleme der Nahost-Region lassen sich nicht auf der politischen Ebene allein lösen. Sie reichen tief in die geschichtlichen, kulturellen und religiösen Wurzeln der dort lebenden Menschen und Völker hinein. Die zionistische Bewegung im jüdischen Volk ist dafür das beste Beispiel. Sie war nie in ihrer Geschichte auf nationalpolitische Ziele beschränkt und reicht deshalb auch in Zukunft über die äußeren und inneren Grenzen eines jüdischen Staates hinaus. Die alte „zionistische“ Verheißung ist noch unabgeholten:

„... viele Völker werden hingehen und sagen: Kommt, laßt uns auf den Berg des Herrn gehen ... Denn von Zion wird Weisung ausgehen und des Herrn Wort von Jerusalem ... Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen ...“ (Jesaja 2,3 und 4)

Nur indem sie geduldig miteinander reden und aufeinander hören lernen, können Juden, Christen und Muslime Mißtrauen und Mißverstehen abbauen und ihrer gemeinsamen Aufgabe nachkommen, der Gerechtigkeit und dem Frieden zu dienen.

Die Studienkommission „Kirche und Judentum“ der Evangelischen Kirche in Deutschland arbeitet zusammen mit dem Arbeitskreis „Kirche und Judentum“ der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland und des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes.

Neben der Information „Was ist Zionismus?“ ist in dieser Zusammenarbeit ein Faltblatt „Zionismus“ erschienen, das vom Arbeitskreis „Kirche und Judentum“ der VELKD in der Reihe „Was jeder vom Judentum wissen muß“ herausgegeben wurde und beim Lutherischen Kirchenamt der VELKD, 3000 Hannover 51, Postfach 510409, bezogen werden kann.

Außerdem plant das Institut „Kirche und Judentum“ bei der Kirchlichen Hochschule Berlin für 1977 ein Arbeitsheft zum Thema „Zionismus“, das diese beiden Texte weiterführt und durch eine Materialsammlung ergänzt.